Gordon Carmele

Bilanz: Die zehn Monate der Regierung Sánchez in Spanien

Die Regierung Sánchez stellte in vielen Aspekten eine Premiere in der Geschichte der spanischen Demokratie nach 1978 dar: Das vierte konstruktive Misstrauensvotum war das erste erfolgreiche, mit diesem wurde Mariano Rajoy aus und Pedro Sánchez in das Amt des Regierungspräsidenten gewählt. Sánchez bildete danach die erste Regierung, deren Regierungspräsident nicht aus der stärksten Fraktion des Abgeordnetenkongresses stammte. Die Basis von 84 von 350 Mandaten war somit auch die schwächste Regierungsbasis seit der Wiedereinführung der Demokratie. Dabei hatte die Regierung wichtige Probleme zu lösen, dazu gehörte die soziale Frage, die außenpolitische Positionierung in der EU und darüber hinaus sowie das Verhältnis zu den Katalanen. Dabei beendete das Scheitern in der letzten Frage die kürzeste Amtszeit einer spanischen Regierung.

Haushalt 2018, Caso Gürtel und Misstrauensvotum

Es war die Audiencia Nacional, das zweithöchste nationale Gericht, die die Regierung Rajoy am 24. Mai 2018 vom Himmel in die Hölle schickte (vgl. Pi 2018). Noch im Mai hatte die Minderheitsregierung einen wichtigen Erfolg gefeiert und endlich den Haushalt für das laufende Jahr 2018 verabschiedet. Dafür hatten sie die Unterstützung der baskischen Nationalisten, der Partido Nacionalista Vasco (PNV), gewinnen müssen. Die Basken hatten dabei Sonderprogramme für sich und die Aufhebung von Artikel 155 in Katalonien durchgesetzt. Die konservative Minderheitsregierung hatte scheinbar den Kampf um die Grundlage für mindestens ein weiteres Regierungsjahr gewonnen und sogar die Verlängerung des Haushalts für 2019 war möglich.

Während sich die Regierung noch über diesen Erfolg freute, sprach die Audiencia Nacional die konservative Regierungspartei, die Partido Popular (PP), wegen „institutioneller Korruption“ (Macher 2018) im Caso Gürtel schuldig. Das Urteil hielt fest, die PP habe ein effektives Korruptionsnetzwerk geschaffen und institutionalisiert, um auf zentralstaatliche, autonome und kommunale Gelder zuzugreifen. Eine Mitschuld der Partei bei den Bestechungsfällen für die Vergabe öffentlicher Aufträge wurde damit explizit festgestellt. 29 Geschäftsleute und konservative Parteifunktionäre wurden zu insgesamt 351 Jahren Haft verurteilt. Die konservative Partei wurde mit einer Strafe von 245.000 Euro belegt. Regierungspräsident Rajoy hatte versucht, den Fall herunterzuspielen und dadurch seine Glaubwürdigkeit beschädigt. Die linke Podemos verlangte unmittelbar nach dem Urteil ein Misstrauensvotum, das die Sozialisten, die Partido Socialista Obrero Español (PSOE), einen Tag später beantragten. Sie schlugen als personelle Alternative im Amt des Regierungspräsidenten ihren Parteivorsitzenden Pedro Sánchez vor. Dabei schien dieses Unterfangen bei 84 von 350 Parlamentssitzen gegenüber 134 Sitzen der Konservativen und 32 der sie unterstützenden Liberalen durchaus ambitioniert. Regierungspräsident Rajoy warnte, ein erfolgreiches Misstrauensvotum würde die wirtschaftliche Erholung des Landes aufs Spiel setzen. Es wurde erwartet, dass die Sozialisten „den Sparkurs aufweichen“ (Schupp 2018) würden. Darauf deutete auch die Unterstützung der linken Podemos hin, die das konstruktive Misstrauensvotum mit ihren 67 Stimmen befürwortete. Von den erforderlichen 176 Stimmen für eine Mehrheit war man allerdings noch ein gutes Stück entfernt. Einmal mehr in der Geschichte bildeten die Regionalparteien das Zünglein an der Waage. Die Parteien der katalanischen Unabhängigkeitsbefürworter, Partit Demòcrata Europeu Català (PDeCAT) und Esquerra Republicana de Catalunya (ERC), waren wegen des harten Vorgehens der Regierung Rajoy gegen die Unabhängigkeitsbewegung gerne bereit, sich zu revanchieren. Sie versprachen sie sich außerdem mehr Kooperationsbereitschaft von einer sozialistischen Regierung, die für eine parlamentarische Mehrheit auf ihre Stimmen angewiesen sein würde. Die baskischen Nationalisten (PNV) sagten ihre Unterstützung erst zu, nachdem sich Sánchez bereiterklärte, den konservativen Haushalt zu übernehmen. Die Idee der Sozialisten und der linken Podemos, ihre Politik über einen entsprechenden Haushalt zu flankieren, war damit gescheitert. Da der Haushalt der konservativen Regierung Rajoy die Sparauflagen der EU mustergültig erfüllte, sah diese das Bekenntnis gerne. Zusätzlich verlangte die baskische PNV, dass keine baldigen Neuwahlen angesetzt würden (vgl. Cué 2018b). Damit standen ihre Ziele denen der liberalen Ciudadanos (Cs) entgegen. Doch mit den Stimmen der PNV entstand eine Mehrheit von 180 Stimmen und ein Erfolg des konstruktiven Misstrauensvotums wurde auch gegen die Stimmen von Konservativen und Ciudadanos möglich. Rajoy äußerte angesichts der sich abzeichnenden Niederlage: „Es war mir eine Ehre Regierungspräsident Spaniens zu sein. Es war mir eine Ehre, ein besseres Spanien zu hinterlassen, als ich es vorgefunden habe. Ich hoffe mein Nachfolger wird das eines Tages auch sagen können […]“ (Anonym, El País 2018b). An der Debatte rund um das Misstrauensvotum nahm Rajoy überwiegend nicht teil.

Sánchez langer Weg zum Regierungschef stand damit kurz vor seinem Abschluss. Schon nach den Wahlen 2015 und 2016 hatte er vergeblich versucht selbst Regierungspräsident zu werden. Rajoy zog sich als Parteivorsitzender und Abgeordneter zurück. Ende Juni machte der konservative Parteitag Casado zum Parteiführer, der als betont konservativer Kandidat galt (vgl. Junquera 2018).

Regierung Sánchez und ihre Schwerpunkte

Sánchez bildete nach seinen eigenen Worten eine Übergangsregierung. Die personelle Struktur entsprach der spanischen Regierungstradition, in der nur Mehrheits- oder Minderheitsregierungen vorkommen. Koalitionen sind unüblich, stattdessen lassen sich Minderheitsregierungen eher unterstützen. Dies liegt auch an den regionalen Kräften, die zwar nicht in eine zentralstaatliche Regierung eintreten, diese aber durchaus bei entsprechenden Zusagen für ihre jeweilige Region unterstützen. Die Regierung Sánchez bestand daher ausschließlich aus sieben parteilosen und zehn sozialistischen Ministern. Mit 17 Ressorts war die Regierung um vier umfangreicher als die konservative Vorgängerregierung. In der Frage der Geschlechtergerechtigkeit setzte Sánchez mit der Berufung von elf Ministerinnen und sieben Ministern ein deutliches Zeichen, damit befanden sich weltweit die meisten Frauen in der sozialistischen Regierung. Nach nur sechs Tagen sorgte der Kultur- und Sportminister Huerta für den schnellsten Rücktritt der Geschichte, nachdem herauskam, dass er wegen Finanzbetrugs verurteilt worden war (vgl. Quintian 2018). Mitte September folgte der Rücktritt der Ministerin Montón für Gesundheit, Konsum und sozialen Wohlstand, nachdem der zweifelhafte Erwerb ihres Mastertitels bekannt wurde (vgl. Cué / Marcos 2018). Sie war zwar nicht die einzige, die einen Titel ohne ausreichende Leistungen erworben hatte, dennoch wogen diese Rücktritte für Regierungspräsident Sánchez schwer, denn: „Er versprach Ehrlichkeit" (Dahms 2018). Auch er selbst geriet dabei in Verdacht „seinen Doktortitel erschwindelt zu haben" (Urban 2018a), ein Teil seiner Doktorarbeit erwies sich als abgekupfert, andere Teile waren inhaltlich sehr dünn. Die Prüferinnen und Prüfer der jungen privaten Universität standen der sozialistischen Partei nahe.

Die katalanischen Unabhängigkeitsbefürworterinnen und -befürworter erwarteten von der neuen Regierung substantielle Zugeständnisse bzw. zumindest die Zulassung eines anerkannten Unabhängigkeitsreferendums. Diese Erwartungen schienen mit der Aufhebung des Artikels 155 und damit der Wiederherstellung der Eigenverantwortlichkeit der katalanischen Regierung sowie der Wahl des Unabhängigkeitsbefürworters Torras als Regionalpräsident von Katalonien zumindest teilweise erfüllt zu werden. Sánchez Ton gegenüber den Katalanen veränderte sich, weitergehende Zugeständnisse blieben aber aus. Im Oktober drohte der Regionalpräsident Torra daraufhin mit dem Entzug der Unterstützung der Regierung Sánchez durch die Regionalparteien, sollte diese nicht bis November konkrete Zugeständnisse in der Frage der Selbstbestimmung machen. Die sozialistische Regierung Sánchez beantwortete diese Forderung mit dem Hinweis, dass man sich keine Ultimaten setzen lasse und weiterhin den Weg des Dialogs verfolge (vgl. Cué 2018a). Während Sánchez lediglich eine erneute Reform des katalanischen Autonomiestatuts in Aussicht stellte, verlangten die Konservativen und Liberalen sowohl im Oktober wie auch im Dezember die erneute Anwendung des Artikels 155 durch die Regierung und das Ansetzen von Neuwahlen (vgl. Hernández 2018). Als wichtigen Hebel für ihre Interessendurchsetzung entdeckten die katalanischen Parteien zunehmend den Haushalt für 2019 für dessen Verabschiedung die sozialistische Minderheitsregierung ihre Stimmen benötigte und ohne den eine Fortsetzung der Regierungsarbeit kaum gelingen konnte.

In Andalusien beendeten die liberalen Ciudadanos im September den Regierungspakt mit den Sozialisten unter Díaz. Sie begründeten diesen Schritt mit nicht eingelösten Versprechen. Dieser Bruch löste vorgezogene Neuwahlen im Dezember 2018 aus. Beim Wahlergebnis überraschte vor allem die rechtspopulistischen Partei Vox, der in Umfragen zwei Parlamentssitze zugerechnet worden waren und die auf knapp 11 Prozent der Stimmen und 12 Parlamentssitze kam. Dadurch erreichte weder der linke Zusammenschluss aus PSOE und AA (Adelante Andalucia) noch der moderat rechte aus PP und Cs eine Mehrheit. Für diese war ein Bündnis zwischen PSOE, Cs und AA, eine große Koalition zwischen PSOE und PP sowie das rechtes Dreierbündnis aus PP, Cs und Vox erforderlich (vgl. Sáiz 2018). Am Ende führte das gemeinsame Ziel, in Andalusien als Hochburg der Sozialisten zu regieren, die Rechtsparteien zusammen. Die konservative PP handelte mit den liberalen Cs einen Investiturpakt aus, der zu einer Koalitionsregierung mit Ministern beider Parteien unter dem ersten konservativen Regionalpräsident in Andalusien Moreno führte. Um dem Bündnis die Mehrheit zu sichern, schlossen die Konservativen zusätzlich ein Bündnis mit der rechtspopulistischen Vox (vgl. Lucio 2019). Ob dieser rechte Block der Beginn eines Lagersystems auch auf zentralstaatlicher Ebene ist, muss sich noch zeigen.

In der Flüchtlingspolitik setzte Sánchez mit der Aufnahme des Seenotrettungsschiffes Aquarius mit 630 geretteten Flüchtlingen ein deutliches Zeichen, nachdem Malta und Italien keinen Hafen für die Geretteten geöffnet hatten. Allerdings machte dieser Akt Spanien zum wichtigsten Migrationsziel innerhalb Europas. In der Sommerpause kam Angela Merkel zu einem Besuch nach Andalusien. Die guten Beziehungen zwischen der deutschen und spanischen Regierung schienen auch deshalb wichtig, weil Sánchez in der Migrationsfrage zu den europäischen Partnern der Regierung Merkel gehörte. Auch am Tag des Besuchs kamen viele Migranten an der Costa de la Luz in Andalusien an. „So gesehen war der Ort, an dem sich Merkel und Spaniens Ministerpräsident Pedro Sánchez [...] trafen, passend gewählt, um ihre strategische Allianz zu stärken" (Schulze 2018). Merkel erklärte in diesem Zusammenhang das Dublin System für nicht funktionsfähig. Sie handelte mit Spanien ein Rücknahmeabkommen aus: „Es betrifft Migranten, die bereits in Spanien registriert worden sind, das Verfahren aber dort nicht abwarten wollten" (Urban 2018c). Insgesamt wurden hier geringe Fallzahlen erwartet, zwischen Juni und September 2018 fiel kein einziger und bis März 2019 lediglich zwei an (vgl. Anonym, Süddeutsche Zeitung 2019). Im Gegenzug sicherte Merkel Sánchez die Unterstützung Deutschlands beim Abhalten und Rückführen von Migranten nach Afrika zu. Bisher hatte Spanien auf diese Abschiebungen verzichtet, da die Migranten meist nach Frankreich oder Deutschland weiterreisten. Merkel nannte das gemeinsame Finden eines fairen Verteilsystems in Europa als Ziel (vgl. Anonym, Die Welt 2018a). „Doch verhehlen

beide Seiten nicht, dass sie eng zusammenarbeiten, um das Ausmaß der illegalen Immigration deutlich zu veringern" (Urban 2018c). Damit knüpften Merkel und Sánchez an die traditionell guten Beziehungen zwischen spanischen Sozialisten und deutschen Konservativen an, die schon Kohl und González gepflegt hatten. Der erwartete Bruch nach der Abwahl von „Merkels Liebling" Rajoy (Macher 2018) blieb aus. Auch durch eine andere Maßnahme setzte Sánchez einen deutlichen Akzent, Ende Juli wurde per Regierungsdekret die kostenlose Krankenversorgung für illegale Einwanderer wieder eingeführt. Nachdem die Zahl der Einwanderer in der Folge dieser Entscheidungen zunahm, entschied die Regierung im September erstmals Migranten, die in den spanischen Enklaven auf dem afrikanischen Kontinent ankamen, nach Marokko abzuschieben (vgl. Urban 2018d). Damit zeigte die Regierung, dass sie nicht bereit war, dauerhaft steigende Migrationszahlen zu akzeptieren. Dabei blieben insbesondere die Städte Ceuta und Melilla bevorzugte Ziele für Migranten, da hier Europa erreicht werden kann, ohne die gefährliche Passage über das Mittelmeer zu bewältigen.

Im Oktober einigten sich die Sozialisten und die Konservativen auf die Kandidaten für den Generalrat der rechtsprechenden Gewalt und seinen Präsidenten Marchena. Dabei wurden neun von den Konservativen vorgeschlagen und elf von den Sozialisten, die ihre Kandidaten in Übereinstimmung mit der linken Podemos benannten (vgl. Vallín / Del Riego 2018). Nachdem der designierte Vorsitzende des Rates Marchena seine Kandidatur zurückzog, scheiterte der Pakt im November. Die beiden großen Parteien agierten in dem Verfahren höchst unglücklich und beschuldigten sich gegenseitig das Scheitern verursacht zu haben. Darüberhinaus wurden nur wenige Gesetze verabschiedet, stattdessen setzte die Regierung wegen der fehlenden parlamentarischen Mehrheit auf außerordentliche Anweisungen mit Gesetzesrang, die erst nachträglich vom Parlament genehmigt werden mussten sowie Außen- und Symbolpolitik in populären Fragen.

Im Umgang mit dem historischen Erbe des Franquismus beschloss die Regierung per Dekret die Umbettung der sterblichen Überreste des Diktators aus dem Tal der Gefallenen (vgl. Pardo Torregrosa 2018). So sollte der dort am Todestag des Diktators stattfindende Kult beendet werden. Dabei war der Regierung offensichtlich nicht bekannt, dass Francos Tochter bereits vor Jahrzehnten eine Krypta in der Madrider Almudena-Kathedrale gekauft hatte. So wurde der vermeintliche historische Befreiungsschlag für die Regierung zum Albtraum, denn nun drohte ein feierliches Begräbnis des Diktators direkt neben dem Königspalast und jährliche Treffen im Herzen der Hauptstadt statt wie bisher in einem entlegenen Tal (vgl. Urban 2018b). Angesichts dieser Perspektive verzichtete die Regierung zunächst auf eine Umbettung und setzte dieses Vorhaben erst für den Zeitraum nach den Wahlen 2019 auf die Agenda. Anders stellte sich die Situation für die Opfer des Franquismus dar, die ebenfalls in diesem Tal bestattet worden waren, hier wurden einige Umbettungen vollzogen (vgl. Domínguez 2018).

Mit einem Festakt wurde die Verfassung geehrt, die im Dezember 2019 seit 40 Jahren in Kraft war. Nachdem das Parlamentsprotokoll geändert worden war, konnten an dem Festakt neben König Felipe VI. auch sein Vorgänger Juan Carlos und seine Frau Sofia teilnehmen. Der König lobte die Verfassung als „großen nationalen Pakt des Zusammenlebens, der Aussöhnung und Demokratie" (Piña 2018).

Pedro Sánchez engagierte sich außerordentlich in der Außenpolitik, neben den Terminen von EU, NATO und UNO traf er verschiedene lateinamerikanische Regierungschefs, um die traditionellen Beziehungen wiederzubeleben (vgl. Alberola 2018). Als erster Regierungschef seit 32 Jahren reiste er nach Kuba, um die Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu normalisieren, zu stabilisieren und zu vertiefen. Der Besuch stand vorwiegend unter ökonomischen Vorzeichen, dennoch traf Sánchez auch seinen kubanischen Amtskollegen Díaz-Canel. Der Besuch wurde auch als eine Unterstützung des kubanischen Prozesses der politischen Reform verstanden (vgl. González 2018). Bei der Anerkennung von Guaidó als Übergangspräsident Venezuelas verbunden mit der Forderung nach demokratischen Neuwahlen nahm Sánchez die traditionelle Führungsrolle Spaniens innerhalb der EU bei den Lateinamerika betreffenden Fragen an (vgl. De Miguel 2019). Nachdem die Europäische Union und Großbritannien ihre Einigung über ihre Beziehungen nach dem Brexit verkündeten, drohte Spaniens Regierung öffentlichkeitswirksam mit einem Veto. Diese Intervention kam für die europäischen Partner unerwartet und erschwerte die Mehrheitsfindung der britischen Premierministerin zusätzlich. Nachdem Großbritannien und die EU zusicherten, dass auch zukünftige aus Gibraltar bezogene Regelungen die Zustimmung von Spanien benötigen werden, nahm Sánchez diese Drohung zurück (vgl. Cué et al. 2018). In der Außenpolitik besetzte Sánchez ein wichtiges Feld, auf dem er trotz Minderheitsregierung glänzen konnte. Nachdem Scheitern der Regierung kam allerdings der Vorwurf auf, der Regierungspräsident sei lieber um die Welt gereist, statt die Probleme im Land zu lösen.

Für 2018 setzte die Regierung den konservativen Haushalt fort, die eigenen Schwerpunkte und Maßnahmen wurden für den Haushalt 2019 avisiert. Dazu vereinbarte Sánchez mit der linken Podemos verschiedene Maßnahmen in einem Haushaltsentwurf. Es handelte sich insgesamt um typisch linke Maßnahmen, die überwiegend in klassischen Konfliktfeldern der Sozialisten und Konservativen stattfanden. Die Regionalparteien forderten dagegen weitere Zugeständnisse für ihre Regionen. Nach der Niederlage der Sozialisten in Andalusien kündigte Sánchez an, den Haushaltsvorschlag für 2019 einbringen zu wollen. Damit verabschiedete er sich von seiner vorherigen Linie, diesen Schritt nur bei einer absehbaren Annahme zu vollziehen. Dazu musste die Zustimmung der katalanischen ERC und der PDeCAT gewonnen werden. Der baskische PNV kündigte an, nur gemeinsam mit den Parteien der katalanischen Autonomiebefürworter zustimmen zu wollen. Ohne vorherige Lösung der Zukunft Kataloniens lehnten die ERC und die PDeCAT im Februar 2019 den Haushaltsvorschlag ab. Sánchez stand in dieser Frage mit dem Rücken zur Wand, da er selbst von seinem Vorgänger Rajoy Neuwahlen oder die Vertrauensfrage gefordert hatte, sollte dieser keinen Haushalt für 2018 verabschieden. Nachdem

es zu keinem Kompromiss kam, stimmten die katalanischen und baskischen Parteien mit den Konservativen und liberalen Ciudadanos am 13. Februar gegen den Haushalt (vgl. Cué 2019). Als Sánchez daraufhin den Termin für die Neuwahlen bekannt gab, sagte er zu den anwesenden Pressevertretern, man werde sich hoffentlich bald wieder und noch sehr lange sehen. Ob er auch nach der Wahl Regierungspräsident bleiben kann, entscheiden die Wähler Ende April. Danach könnte entscheidend sein, ob es ihm im zweiten Anlauf gelingt stabilere Bündnisse zu schmieden oder ob der Katalonienstreit wie in Andalusien zu einer rechten Mehrheit führen wird.

Literatur

Alberola, Miquel (2018): El Rey exhorta a los empresarios en la Cumbre Iberoamericana a defender una globalización inclusiva, in: El País vom 16.11.2018

Anonym (2018a): Merkel erklärt Dublin System für „nicht funktionsfähig“, in: Die Welt vom 11.8.2018

Anonym (2018b): Rajoy se despide como presidente del Gobierno: ”Ha sido un honor, suerte a todos“, in: El País vom 1.6.2018

Anonym (2019): Nur elf Migranten zurückgewiesen, in: Süddeutsche Zeitung vom 3.3.2019

Cué, Carlos E. (2018a): El Gobierno responde a Torra: ”No aceptamos ultimátums“, in: El País vom 2.10.2018

Cué, Carlos E. (2018b): El PNV pondrá como condición al PSOE que no convoque elecciones, in: El País vom 28.5.2018

Cué, Carlos E. (2019): Pedro Sánchez convoca elecciones generales el 28 de abril, in: El País vom 15.2.2019

Cué, Carlos E. / De Miguel, Rafa / De Miguel, Bernado (2018): España desbloquea el Brexit tras una triple garantía sobre Gibraltar, in: El País vom 25.11.2018

Cué, Carlos E. / Marcos, José (2018): Montón dimite por las irrefularidades de su máster pese al apoyo de Sánchez, in: El País vom 12.9.2018

Dahms, Martin (2018): 100 Tage, zwei Rücktritte, in: Frankfurter Rundschau vom 13.9.2018

De Miguel, Bernado (2019): Un amplio bloque europeo reconoce a Guaidó pero sin alinearse con Trump, in: El País vom 6.2.2019

Díez, Anabel / Alberola, Miquel (2018): Rajoy salva la legislatura con el apoyo del PNV a los Presupuestos, in: El País vom 24.5.2018

Díez, Anabel / Mateo, Juan José (2018): Rajoy sin margen para seguir, in: El País vom 27.5.2018

Domínguez, Iñigo (2018): Patrimonio impide a las familias el acceso al Valle de los Caídos para las primeras exhumaciones, in: El País vom 23.4.2018

Elies, Miriam (2018): Alud de críticas a Torra por apostar por la vía eslovena, in: La Vanguardia vom 9.12.2018

González, Miguel (2018): Pedro Sánchez inicia una visita a Cuba sin citas con la disidencia, in: El País vom 22.11.2018

Hernández, Marisol (2018): Pablo Casado pide a Pedro Sánchez estudiar si puede ilegalizar los partidos independentistas, in: El Mundo vom 3.10.2018

Junquera, Natalia (2018): Pablo Casado vence en el congreso del PP y consuma el giro a la derecha, in: El País vom 22.7.2018

López-Fonseca, Óscar (2018): La sentencia cuenstiona la ”credibilidad“ del testimonio de Rajoy, in: El País vom 24.5.2018

Lucio, Lourdes (2019): Moreno abre un ciclo nuevo en Andalucía con el apoyo de PP, Ciudadanos y Vox, in: El País vom 17.1.2019

Macher, Julia (2018): Merkels Liebling ist abgewählt, in: Die Zeit vom 1.6.2018

Pardo Torregrosa, Iñaki (2018): El Gobierno aprueba la exhumación de Franco del valle de los Caídos, in: La Vanguardia vom 24.8.2018

Pi, Jaume (2018): De la euforia a la caida: los ocho días que tumbaron a Rajoy, in: La Vanguardia vom 31.5.2018

Piña, Raúl (2018): El Rey reivindica la Constitución como el ”gran pacto nacional de convivencia, reconciliación, y democracia“, in: El Mundo vom 6.12.2018

Quintian, Sergi (2018): Los siete días del ministro más breve de la democracia, in: La Vanguardia vom 13.6.2018

Recuero, Marisa (2018): La Audiencia Nacional condena a Bárcenas a 33 años por blanqueo y al PP por benificiarse de Gürtel, in: El Mundo vom 25.5.2018

Ruiz de Almirón, Victor (2018): El Gobierno de España ofrece Valencia para el atraque el Aquarius, in: ABC vom 11.6.2018

Sáiz, Eva (2018): El PSOE se hunde, la izquierda pierde la mayoría y Vox irrumpe con 12 diputados, in: El País vom 3.12.2018

Sanz, Luis Ángel (2018): El Gobierno de Pedro Sánchez recupera la sanidad universal para los inmigrantes ‘sin papeles’, in: El Mundo vom 15.6.2018

Schulze, Ralph (2018): Besuch im Zentrum der Migrationskrise, in: Der Tagesspiegel vom 11.8.2018

Schupp, Sebastian (2018): Der Coup des ”schönen Pedro“, in: Süddeutsche Zeitung vom 1.6.2018

Urban, Thomas (2018a): Anrüchiger Saubermann, in: Süddeutsche Zeitung vom 18.9.2018

Urban, Thomas (2018b): Die Toten-Unruhe des Diktators Franco, in: Süddeutsche Zeitung vom 17.10.2018

Urban, Thomas (2018c): Merkel und Sánchez – gemeinsam gegen den Druck von rechts, in: Süddeutsche Zeitung vom 11.8.2018

Urban, Thomas (2018d): Sozialistische Kämpfernatur, in: Süddeutsche Zeitung vom 9.9.2018

Vallín, Pedro und Del Riego, Carmen (2018): PSOE y PP pactan pese a su hostilidad los nombres del nuevo Poder Judicial, in: La Vanguardia vom 13.10.2018

Dr. Gordon Carmele vertritt an der Pädagogischen Hochschule Weingarten die Professur für Politikwissenschaft und ihre Didaktik und ist Autor des 2018 im Verlag VS Springer erschienenen Buches „Das politische System Spaniens“.